

Kurzbericht

Ausschuss Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

(36. - öffentliche - Sitzung am 26. April 2024)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Architektengesetzes, des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes und der Niedersächsischen Bauordnung**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3279](#)

Der Ausschuss führt die Beratung auf der Grundlage der Vorlage 6 des GBD durch und beabsichtigt, vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Sitzung am 3. Mai 2024 seine Empfehlung an das Plenum abzugeben.

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung und des Niedersächsischen Gesetzes zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3975](#)

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einvernehmlich, gemäß § 94 Abs. 2 GO LT den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz, den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und den Ausschuss für Inneres und Sport zu der Anhörung am 14. Mai 2024 einzuladen und den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und den Ausschuss für Inneres und Sport zu bitten, Stellungnahmen nach § 28 Abs. 4 GO LT abzugeben.

Der Verfahrensantrag der Fraktion der CDU, die Architektenkammer als Anzuhörende nachzubennen, wird von der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

2. a) **Transportbranche in schwierigen Zeiten nicht abhängen - Lkw-Maut gerecht ausgestalten!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3097](#)
- b) **Transportgewerbe unterstützen - Lkw-Maut klima- und wirtschaftsfreundlich gestalten und Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3991](#)

Der Ausschuss führt unter Einbeziehung der mit Schreiben vom 8. Februar 2024 vorgelegten schriftlichen Unterrichtung durch die Landesregierung (vgl. Vorlage 1) die Beratung zu dem Antrag der Fraktion der CDU zu a) zusammen mit dem direkt an den Ausschuss überwiesenen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu b) durch.

Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen und den Antrag zu b) unverändert anzunehmen

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Der Verfahrensantrag der Fraktion der CDU, vor der Beschlussfassung den GBD um Prüfung zu bitten, ob die in dem Entschließungstext geäußerte Bitte an die Landesregierung, gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die Mittel aus Maut-Einnahmen im Schienengüterverkehr aus der Fortsetzung und Ausweitung der Trassenpreisförderung im Schienengüterverkehr eingesetzt werden, mit Europarecht vereinbar ist, wird mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

3. **Onlinezugangsgesetz 2.0 - Digitalisierung der Verwaltung endlich auf die Überholspur setzen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2222](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch. Er schließt sich dem Votum des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

4. **Ausbau der Windenergie beschleunigen - Rahmenbedingungen für Lkw-Transporte verbessern - Genehmigungsverfahren zukunftsorientiert aufstellen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3986](#)

Der Ausschuss nimmt die Antragsberatung auf. Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Ausschuss, eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu erbitten und nach deren Eingang die Beratungen fortzusetzen.

5. **Die Wirtschaftskraft des Flughafens Hannover-Langenhagen erhalten und ausbauen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/3974](#)

Der Ausschuss nimmt die Antragsberatung auf. Die Antragstellerin schlägt im Rahmen der Besprechung von Verfahrensfragen eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung vor. Nach kurzer Verfahrensdiskussion kommt der Ausschuss überein, erst nach der Fertigstellung des Lärmschutzgutachtens eine Unterrichtung - gegebenenfalls in mündlicher Form - durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

6. **Die NBank als zentrales Förderinstitut stärken und neu ausrichten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3983](#)

Der Ausschuss nimmt die Antragsberatung auf und klärt Verfahrensfragen. Auf Antrag der Antragstellerin beschließt der Ausschuss, nach Abschluss der Gespräche, die die Landesregierung gegenwärtig mit der NBank führt, eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

Die Antragstellerin äußert den Wunsch, dass die Unterrichtung nach Möglichkeit noch vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgen soll, und bittet unter Hinweis auf ihren Entschließungsantrag, der einige der Punkte enthält, die die NBank Ende 2022/Anfang 2023 in ihrem Positionspapier vorgelegt hat, darum, dass eine Vertreterin/ein Vertreter der Förderbank des Landes zu der Unterrichtung hinzugezogen wird.

7. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss arbeitet auf der Grundlage erster Programmentwürfe weiter am Programm seiner parlamentarischen Informationsreise nach Spanien und erteilt hierzu der Landtagsverwaltung den Auftrag, das Reiseprogramm um die Themen „Berufsausbildungssystem“, „Bauwesen“, „Regionale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung in der Region Málaga im Vergleich zur nationalen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung in Spanien“ und „Arbeitslosigkeit respektive Jugendarbeitslosigkeit“ zu ergänzen.